

Umwelt-NGOs: keine Millionen vom Lebensministerium

Wien (15.12.08): Die drei größten österreichischen Spendenorganisationen WWF, Greenpeace und GLOBAL 2000 dementieren, zwei Millionen Euro aus dem Lebensministerium, welches zuständig ist für Umweltschutz in Österreich, zu erhalten, wie Vizekanzler Pröll im ORF behauptet. Mit dieser Behauptung will Pröll gegen die Spendenabsetzbarkeit argumentieren.

Während in dieser Woche in Österreich auf dem Spendengipfel über die überfällige Einführung der Spendenabsetzbarkeit in Österreich diskutiert werden soll, werden den großen NGOs neue Steine in den Weg gelegt. Zum Spendengipfel sh. Glocalist Daily News vom 15.12.08 >>
www.glocalist.com/news/kategorie/soziales/titel/oesterreich-spendenabsetzbarkeit-die-unendliche-geschichte.

„Die Aussage des Finanzministers, dass wir als Umweltorganisationen zwei Millionen Euro aus dem Lebensministerium erhalten würden, ist frei erfunden. Keine der drei Organisationen enthält eine Basissubvention durch das Lebensministerium“, so die drei Geschäftsführer Hildegard Aichberger (WWF), Alexander Egig (Greenpeace) und Klaus Kastenhofer (GLOBAL 2000) einhellig. Die drei NGOs repräsentieren knapp 85 Prozent der Spenden aus dem Umweltschutzbereich.

Pröll hat in der gestrigen Pressestunde behauptet, dass die Umweltschutzorganisationen zwei Millionen Euro aus seinem Ressort in Form einer Basissubvention erhalten würden und dass somit die Absetzbarkeit für die Umweltorganisationen keine Notwendigkeit wäre. Pröll schlägt in der Pressestunde vor, dass Spenden für Soziales, EZA und Auslandshilfe begünstigt, während Umwelt- und Tierschutz sowie Menschenrechte ausgeschlossen werden sollen.

„Diese Einschränkung ist ökonomisch nicht argumentierbar“, so Aichberger vom WWF. „Das Pröll-Modell würde 90 Prozent der in Österreich geworbenen Spenden einbeziehen, während Umweltschutz, der ausgeklammert werden soll, nur etwa vier Prozent ausmacht.“ Die Kosten für die Einbeziehung aller derzeit von Pröll ausgeklammerten Bereiche - Umweltschutz, Tierschutz und Menschenrechte - belaufen sich auf knapp zehn Prozent des Spendenvolumens. Egig von Greenpeace bekräftigt: „Der Ausschluss der Umweltorganisationen von der Absetzbarkeit kann nur als politisch motivierter Akt der Ausgrenzung kritischer Kräfte verstanden werden.“

Die drei Organisationen argumentieren, dass Klimaschutz, Armutsbekämpfung und Umweltschutz untrennbar miteinander verbunden seien. „Gerade von einem ehemaligen Umweltminister würden wir erwarten, dass er den Zusammenhang zwischen intakter Umwelt und dem Wohlstand der Menschen begreift“, so Kastenhofer von GLOBAL 2000. „Die immer größer werdende Problematik des Klimawandels mit bereits 50 Millionen Klimafüchtlingen weltweit, die Erhöhung der Lebensmittelpreise und die steigenden Energiekosten sind aktuelle Beispiele der Untrennbarkeit ökologischer und sozialer Dimensionen.“

Die drei Organisationen appellieren an die verantwortlichen Politiker beider Regierungsparteien in Österreich, die Ausgrenzung von Umwelt-, Natur-, Tierschutz und Menschenrechtsorganisationen, die ökonomisch keinesfalls begründet werden kann, zu überdenken, und die Diskussion beim Spendengipfel kommenden Dienstag dementsprechend offen zu halten. Die Umweltorganisationen rechnen mit Spendenausfällen im nächsten Jahr von bis zu 20 Prozent. Dadurch seien viele Projekte im In- und Ausland gefährdet. „Die Spendenabsetzbarkeit könnte diese Situation zumindest mildern“, so die Geschäftsführer der drei Organisationen.

Die so versuchte Gegenrechnung, da Spenden, dort Subventionen, erweist sich zudem als ein Vergleich von Birnen mit Äpfel und stellt eine unsachliche Verknüpfung dar. Demnächst wird vielleicht noch den NGOs erklärt, dass sie ja die öffentlichen Verkehrsmittel verwenden, womit nach dieser krausen Logik des Vizekanzlers wohl damit auch eine Subventionierung von NGOs vorliege. Tatsache ist, dass NGOs Projekte mit Ministerien durchführen, aber dafür erhalten die beauftragenden Ministerien auch eine Gegenleistung; hier versucht man im wahren Sinne des Wortes eine kreative, doppelte Buchhaltung von Seiten des Staates zu argumentieren.